

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1265

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mitteilungen
40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 10 Pf.

Nr. 139

Dresden, Donnerstag den 18. Juni 1925

36. Jahrg.

Amnestiekomödie

D. Berlin, 18. Juni. (Eig. Funkdruck). Seit über fünf Wochen ist Hindenburg im Amt, noch immer aber liegt die längst angekündigte Amnestie dem Reichstage nicht vor. Endlich ist sie nun an das Reichskabinett gelangt. Was über ihren Inhalt bekannt wird, ist eine neue Enttäuschung für alle Leute mit dem politischen Kinde glauben an „den Retter“. Die Amnestie ist ganz und gar ungenügend, sie ist begrenzt auf politische Delikte. Ausgeschlossen von der Begnadigung sind Verbrechen, die gelegentlich politischer Bewegungen aus andern Motiven begangen worden sind. Ausgenommen werden ferner die Fälle des Hochverrats im Rückfall und alle Fälle, in denen ein Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzungen, schwerer Raub, Brandstiftung, Eisenbahntransportgefährdung oder Sprengstoffverbrechen begangen worden sind. Unter die Amnestie fallen nur Straftaten, die vor dem 1. Oktober 1923 liegen. Diese Befristung ist direkt gegen das Rheinland gerichtet, wo erst nach dem 1. Oktober die Separatisten aufstände sich ereigneten und erst in den Wintermonaten die Inflationskrisis ihren Höhepunkt erreichte. Nach der Praxis der Gnadenrichter werden auch nur wenige zweifelsfreie politische Verbrechen amnestiert werden. Zuchthausstrafen fallen überhaupt nicht unter die Amnestie, sondern nur Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr. Für die Reichsamnestie kommen nur Urteile des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofes in Betracht. Neben die sehr eng begrenzte Reichsamnestie tritt eine Amnestie der Länder. Man kann nur hoffen, daß die Länder großzügiger und weitherziger sein möchten als der Reichspräsident.

Besprechungen zur Sicherheitsfrage

Berlin, 17. Juni. Das Reichskabinett erörterte am Mittwoch die allgemeinen Grundzüge der französischen Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Freitag und Montag beabsichtigt der Reichsfiskus, mit den Parteiführern über den Wortlaut der Rote Besprechungen zu führen.

Wer bezieht die Minister-Pensionen?

Der Nationalsozialist Oberleutnant Ahlmann hat einmal im Reichstag die Forderung gestellt, daß etwa 70 republikanische Reichsminister Millionen an Ruhegehältern einforderten, die besser für die Erziehung der Kriegswaisen-Kinder angewendet würden. Von republikanischer Seite wurde die unbewiesene Behauptung sofort bestritten. Gelegentlich der Beratungen des Haushalts des allgemeinen Pensionsfonds für 1925 im Hauptauschuß kam der sozialdemokratische Vertreter Hopmann auf eine schriftliche Anfrage des Genossen Reichel zurück, die zum Reichstagsminister am 1. Mai 1925 beantwortet wurde. In dieser Antwort heißt es über die Ausgehälter von Ministern:

1. Die in der Anlage 1 zum Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds für 1925 unter B 7 bezeichneten 5 Reichsminister sind: Fürst v. Bülow, Brüning, Brüning, Brüning und Brüning.
2. Von den unter B 6 bezeichneten 35 Reichsministern ausfallen auf mein Heft, einschließlich ehemaliger Reichsminister und Reichsminister für Wiederkauf, 9, nämlich: Brüning, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning.

Aus dieser Auskunft ergibt sich also, daß von den in den Aufzählungen höchsten Punkten nur etwa 18 bis 20 Prozent auf die Republikaner und die Wehrzucht — etwa 80 Prozent — auf die Minister des Kaiserreichs entfallen. Damit ist die Behauptung des Herrn Ahlmann als glatter Schwindel entlarvt! Sehr deutschlich!

Die Großmächte an China

S. London, 17. Juni. (Eig. Draht). Die Vertreter der Großmächte richteten am Mittwoch eine gemeinsame Note an das Auswärtige Amt in Peking, die allgemeine Würdigung in den politischen Kreisen erregte. In dem Schreiben wird festgestellt, daß in allen Teilen Chinas die fremden militärische Bewegung im Wachsen sei und die dortigen Lebensverhältnisse in Gefahr seien. Es sei Veranlassung zu schwerer Besorgnis vorhanden. Die Note drängt in energischem Ton auf einen entscheidenden Schritt zur Aenderung der gegenwärtigen Lage.

Entschlossenheit der chinesischen Regierung

Peking, 17. Juni. 50 Vertreter der führenden chinesischen Organisationen haben dem Kriegsminister folgende Forderungen unterbreitet: 1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien. 2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelsländern zum Schutz der chinesischen Einwohner. 3. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Minister erwiderte, die beste Politik wäre, wenn man sich auf friedliche patriotische Betätigung beschränkte und abwartete, bis die Ausländer zur Besinnung kämen. Aber wenn es zum schlimmsten komme, so würde die Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln.

Kanton errichtet eine Diktatur

Nach einer Meldung aus Schanghai hat die Partei Kuomintang, die die Stadt Kanton beherrscht, beschlossen, die Regierungsgeschäfte einem besonderen diktatorischen Siebenmännerauschuß zu übertragen. Der Provinzregiment von Kanton wird abgesetzt. Der Gebrauch von Gewalt wird unterbunden. Die meisten Steuern werden abgehehlt. Den Militärbehörden ist verboten worden, von der chinesischen Bevölkerung Steuern einzutreiben, da man in Kanton die Absicht hat, ausschließlich durch Besteuerung der reicheren Bevölkerung in Form von Kontributionen die nötigen Mittel zur Befreiung der Verwaltungskosten aufzubringen.

In Kampfbereitschaft!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

H. F. Die Dinge spigen sich zu! Die Gespräche der Abgeordneten und die Sitzungen der Fraktionen sind beherrscht von Erörterungen über das Schicksal der sogenannten kleinen Zollvorlage. Man mag sie an Umfang der Druckfläche „klein“ nennen dürfen, an sachlicher Bedeutung übertrifft sie zweifellos alle Vorlagen dieser Art, die seit Bestehen des Deutschen Reiches dem Parlament und dem Volke zugemutet worden sind. Das ist in der Presse bisher noch nicht mit dem erforderlichen Nachdruck betont worden. Im Lande kann noch die Meinung bestehen, daß es sich bei dieser Vorlage nur um eine Art Vorpiel für erst kommendes, Wichtigeres handle. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die in der Vorlage geforderte Bindung der Getreidezölle auf den Satz von 5 M. und 5,50 M. vom 1. August 1926 an etwas noch nie Dagewesenes, wirtschaftlich Ungeheuerliches bedeutet! Darüber sind sich, außer den unmittelbaren Zollmännern und Interessenten, alle Wirtschaftspolitiker klar. Sehr zweifelhaft aber ist trotz alledem, ob sich diese Einsicht im Reichstage in eine Mehrheit gegen eine derartige Zollpolitik auswirken wird.

Unerhört und einzigartig ist aber auch, wie man die Zollvorlage erledigen will! Regierung und Regierungsparteien haben sich in dieser Hinsicht offenbar einen in alle Einzelheiten durchdachten Feldzugsplan zurechtgemacht, der besonders den Zweck verfolgt, die Vorlage im September durchzusetzen. Denn anders kann man den dafür zurechtgemachten „Arbeitsplan“ des Reichstages nicht verstehen. Die Sache ist so gedacht: am Donnerstag dieser Woche wird die Zollvorlage im Reichstag verabschiedet. Die ersten Tage in der nächsten Woche soll die erste Lesung im Plenum des Reichstages stattfinden. Den Abgeordneten, die sich erhitzen mit der Sache beschäftigen wollen, stehen bis dahin nur einige Tage zum Studium der Vorlage zur Verfügung, die ja erst den Reichstagsabgeordneten zugestellt wird, nachdem sie im Reichstag verabschiedet ist. Doch dagegen ist nichts zu machen, da die geschäftsordnungsmäßige Frist gewahrt bleibt. Nach der ersten Lesung im Plenum beginnt die für die letzte Entscheidung maßgebende Hauptarbeit: die in Aussicht genommenen Zolltarife werden im Ausschuß geprüft. Wahrscheinlich wird es der handelspolitische Ausschuß sein, der speziell wegen der Beratung der neuen Handelsverträge eingesetzt wurde. Diese mühevollen Arbeit im Ausschuß soll in höchstens etwa drei Wochen erledigt sein. Das müde man dem Reichstag zu! Denn am 18. Juli soll er in die Ferien gehen (man rechnet allerdings in Abgeordnetenkreisen schon mit einer Woche Verlängerung der Tagung), die letzten vier Tage vorher würde im Plenum die ganze Vorlage in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden sein.

Wenn sich die Mehrheit nicht von vornherein ganz breite Gewalttakte vorgenommen hat, ist es völlig rätselhaft, wie man sich nach diesen Dispositionen eine der Sache entsprechende unbedingte nötige Gründlichkeit der Beratung vorstellen kann. Man darf dabei an die Zolltarifberatungen von 1902 erinnern. Die damalige Vorlage war nicht so tief einschneidend, nicht so umstritten auch in bürgerlichen Kreisen. Im Reichstag war es in der Hauptsache nur die sozialdemokratische Fraktion, die ihr scharf entgegenstand. Und doch hat das Zollgesetz von 1902 im Ausschuß eine Zeit von etwa dreiviertel Jahren zur Beratung erfordert. Wüßte man: eine rein sachliche Beratung, ohne jede Obstruktion, die dann erst im Plenum vor der letzten endgültigen Entscheidung einsetzt.

Die sozialdemokratische Fraktion wird selbstverständlich alles tun, was möglich ist, um eine der Sache würdige, gründliche Beratung zu erzwingen. Denn es handelt sich um eine der wichtigsten Angelegenheiten, die das Parlament zu erledigen hat, seit die deutsche Republik besteht. Es wird allerdings darauf ankommen, inwieweit die beiden proletarischen Linksparteien in diesem Wetstreben die Unterstützung der bürgerlichen Mittelparteien finden. Speziell auf die Haltung des Zentrums wird es ankommen, das so auch halb und halb Regierungspartei ist. Die Stellung dieser Partei zum Zolltarif und zu der beachteten Durchweichterei in der Beratung ist vorläufig noch nicht bekannt. Das Zentrum bleibt auch in diesem Fall seiner Tradition treu, die aber bis zum letzten Augenblick über seine Haltung im unklaren zu lassen. 1902 war es im Grunde genommen durchaus agrar- und schulkoloffreundlich, es stimmte den Zöllen zu. Da inzwischen die Arbeiterwähler des Zentrums aber doch mehr zum selbständigen Denken und Urteilen gekommen sind, ist die Lage der Zentrumsparlei in so kritischen Fällen viel komplizierter als damals. — Wenn die durchaus gebotene sachliche Beratung der Zollvorlage durchgeführt werden soll, dann ist an eine Erledigung in einigen Wochen nicht zu denken.

Dazu kommt noch manches andre. Die zwei Aufwertungsgebote sollen nach dem famosen „Arbeitsplan“, nach dem alles so schön und sauber eingeteilt ist, bis zum 30. Juni völlig erledigt sein. In dem Tage laufen nämlich die in der 3. Steuerverordnung enthaltenen Bestimmungen über die Aufwertungsfrage ab. Ist kein Gesetz da, müßte ein Verlängerungs- oder Notgesetz gemacht werden. Das möchten die Regierungsparteien vermeiden, da dadurch wieder viel ins Feuer gegossen würde. Endlich

Schlus mit der Aufwertungsfrage, sagen sie ja, denn die Geschichte steht ihnen bis an den Hals. — Im Aufwertungs-ausschuß ist bis Mitte dieser Woche jedoch erst das eine der Gebote in erster Lesung erledigt. Die zweite bringt bestimmt abermals alte und neue Anträge, das heißt längere Erörterungen. Das andre Gebot ist noch gar nicht in Angriff genommen. Ferner ist vom Ausschuß bereits ein ausführlicher schriftlicher Bericht beschlossen. Und das alles soll neben der im Reichstag zu erwartenden nochmaligen lebhaften Erörterung bis zum 30. Juni, also in knapp 14 Tagen, gemacht werden! Außerdem harren die Steuergebote und einige sozialpolitische Gebote noch der Erledigung.

Im übrigen geht ein Raunen durch die Kreise der Abgeordneten und Fraktionen im Reichstage über schlaue Pläne und Ueberlegungen der Regierung Luther. Die außenpolitischen Aufgaben und Entscheidungen, vor denen die deutsche Reichsregierung in der nächsten Zeit steht, sind eine schwere Belastung und große Unannehmlichkeit für die stärkste Regierungspartei, die Deutschnationalen, und ihre Minister. Schon neulich war im Berliner Lokal-anzeiger von Regierungskrisenstimmung die Rede. Der deutschnationale Führer Graf Westarp ist diesen Gerüchten in der Streuzzeitung entgegengetreten, ohne ihren Kern wegzudisputieren zu können. Sein Artikel war mehr beruhigend und Vertuschung als überzeugende Widerlegung. Deshalb wird folgende Kombination durchaus ernst in Erwägung gezogen: Die Deutschnationalen wollen die Aufwertungsfrage endlich unter Dach und Fach bringen, um diese Belastung loszuwerden. Ferner sollen die Zollvorlage und die Steuervorlagen in der gekennzeichneten Weise durchgedrückt werden, durch die die besiegene Klasse — Großgrundbesitzer und Schwerindustrie — ihre Schäden ins Trockene bringt. Dann mag kommen, was will. Wird es außenpolitisch, mit dem Sicherheitspakt und dergleichen, für die Deutschnationalen brennlich, so entziehen sie sich mit Austritt aus der Regierung der Verantwortung, werden wieder Opposition und denken sich dann die Sozialdemokratie wieder in der Regierung; die dielen Plänenmachern aber etwas husten wird! Der Gebannte fürchtet das Feuer. Was dann kommen würde, ist vielleicht noch dunkler, als so manche Regierungskrisen, die wir kennen und gehen sahen.

Aber ob es so oder anders kommt, auf alle Fälle gehen wir für die nächste Zeit schweren politischen Kämpfen entgegen, wenn man die Regierung Luther nicht nach ihrem Guckfenster schalten und walten lassen will. Besonders unsere Partei, die Sozialdemokratie, steht vor schweren, aber auch dankbaren Aufgaben, deren Lösung ihre ganze parlamentarische und außerparlamentarische Stohkraft erfordert.

Aufstand gegen die Zollpläne

Ein Rettungswert für Millionen

D. Berlin, 18. Juni. (Eig. Funkdruck). In den bürgerlichen Parteien ist nach keine Einigung über die Zollvorlage erzielt. Die Haltung des Reichswirtschaftsrates, der die Zollvorlage in jeglicher Form als ungeeignet bezeichnet hat, ist auf die Mittelparteien nicht ohne Eindruck geblieben. In einer Besprechung, die einzelne Regierungsparteien abhielten, ist nach dem Berliner Tageblatt die Befürchtung ausgesprochen worden, daß in einer an sich außenpolitisch sehr gespannten Situation die Bindung von Zöllen aggressiv empfunden wird, abgesehen davon, daß diese Zollvorlage mit den Minimalzöllen angefaßt der sich verschärfenden Industriekrise in Deutschland überhaupt schon als bedrohlich und nicht zeitgemäß zu bezeichnen sei. Das Zentrum in Besondere wird sich in einer weiteren Fraktionsberatung endgültig über seine Haltung in dieser sehr heftig umstrittenen Frage schlüssig werden. Sieht man von den Deutschnationalen ab, die Zollwucher um jeden Preis betreiben, so ist also die Haltung der bürgerlichen Parteien noch keineswegs sicher. Nun muß die sozialistische zollgegnerische Bewegung im Lande einlegen. Es gilt auch die Schichten außerhalb unserer Partei zu erfassen, die durch die Zollpläne von verschärfter Ausbeutung bedroht sind. Nicht um parteipolitische Agitation geht es, sondern um ein Rettungswert für viele Millionen Volksgenossen. In den bürgerlichen Parteien selbst muß durch unsere Klamm ein Aufstand gegen die Zollpläne ausbrechen. Wir wollen nicht nur reden und schreiben, sondern etwas erreichen. Darum, Genossen und Genossinnen, tut eure Pflicht!

Konflikt über Marokko

Gewalttätigkeiten in der französischen Kammer

P. Par 8, 17. Juni. (Eig. Draht). Auf Grund der letzten Erklärung Painlevés, daß er Mitteilungen über seine Marokkoreise zunächst den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen vorbehalten wolle, waren am Mittwoch nachmittag die vier Kommissionen der Kammer für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Meer und Marine zusammengetreten, um den Bericht des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen. Es kam dabei gleich zu Beginn zu einem schweren Zwischenfall. Die kommunistischen Mitglieder der Kommission lehnten die von Painlevé verlangte Veröffentlichung der Geheimhaltung der von ihm ermittelten Mitteilungen ab, worauf auf Vorschlag des von ihm ernannten Abgeordneten Franklin-Bouillon die Sitzung aufgehoben und die Teilnehmer